



# fraktion intern\*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

NR. 06 · 11.10.2012

## \*Inhalt

---

02 Tag der Ein- und Ausblicke

03 Editorial

### Thema: Projekt Zukunft

04 Zukunftskongress: So wollen wir  
morgen leben

05 Neue Ordnung für den Arbeitsmarkt

06 Gerechte Steuern und Finanzen

07 Der Kreativpakt gibt Antworten

08 Integration und Teilhabe

09 Gleichstellung heißt Rollen verändern

09 Gute Ganztagschulen schaffen

10 Miteinander der Generationen

10 Neuer Konsens für eine moderne  
Infrastruktur

11 Kahlschlag im EEG – was meint die SPD?

12 NSU-Untersuchungsausschuss deckt  
weitere Pannen auf

13 Unruhen: Kein Kampf der Kulturen

14 Was ist mit Europa los?

15 So will Peer Steinbrück die Finanzmärkte  
regulieren

16 Personalien/Veröffentlichungen

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT



**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)



## SPD-Bundestagsfraktion begrüßt Tausende Besucherinnen und Besucher

Mit dem Tag der Ein- und Ausblicke am 9. September 2012 öffnete der Deutsche Bundestag zum zehnten Mal seine Türen für Bürgerinnen und Bürger. Tausende folgten der Einladung und strömten durch das Reichstagsgebäude, das Paul-Löbe- und das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Das Gespräch mit den Abgeordneten stand dabei im Vordergrund.

Am Tag der Ein- und Ausblicke fällt für die Gäste nicht nur das Anmeldeprozedere weg, sondern sie bekommen vielfältige Einsichten, die über das Angebot der ganzjährig angebotenen Führungen hinausgehen. Daher antwortete eine Besucherin auf die Frage, was ihr am Tag der Ein- und Ausblicke besonders gut gefällt: „Heute darf man überall hin. Ich finde den gelockerten Zugang zum Reichstagsgebäude sehr gut und das besondere Angebot der Fraktionen heute – so setzt man sich automatisch mit den politischen Inhalten auseinander“.

Am Auftritt der SPD-Bundestagsfraktion gefiel nicht nur Frederick aus Aachen die Möglichkeit, den Fraktionssaal besichtigen zu können – der normalerweise für Besucherinnen und Besucher und Journalisten nicht zugänglich ist. Für Frederick war dieser „Blick hinter die Kulissen“ das Beste am ganzen Tag.

### **Vielfältige Angebote am SPD-Fraktionstand**

Auf der Fraktionsebene im Reichstag erwarteten die Bürger etliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier der SPD. In regen Diskussionen tauschten sich Abgeordnete und Bürger über wichtige Zukunftsfragen aus. So kürten etwa Elisabeth Urban und Marvin Milius zu ihrem Highlight, dass sie nach einer Podiumsdiskussion im Paul-Löbe-Haus persönlich mit MdB Klaus Hagemann ins Gespräch gekommen sind: „Das passiert ja auch nicht alle Tage“.

Zum Angebot der Fraktion gehörten auch Kinderschminken mit einer Fotoaktion, ein Glücksrad, an dem viele Gewinne warteten, eine Saftbar an der sich lange Schlangen bildeten, und auch eine Dialogwand, an der die Besucherinnen und Besucher Ideen und Anregungen anbringen konnten, die ihnen auf die Frage „Wie wollen wir im Jahr 2020 in Deutschland leben?“ in den Sinn kamen.

Nicht zuletzt informierten sich die Besucher über das Modernisierungsprogramm der Fraktion, das im Rahmen des Zukunftsdialogs für Deutschland entwickelt und auf der Fraktionsebene präsentiert wurde. Den Besuchern gefiel vor allem das breite Spektrum des Auftritts der SPD-Fraktion; so fasste ein Bürger ihn folgendermaßen zusammen: „Die politischen Informationen sind toll aufbereitet, und da ist für jedes Alter was dabei“.

Fotos vom Tag der Ein- und Ausblicke sind hier zu finden: [www.spdfraktion.de/flickr](http://www.spdfraktion.de/flickr)

# Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Entscheidung ist gefallen: Wir werden mit Peer Steinbrück als Kanzlerkandidaten in den Wahlkampf ziehen. Gemeinsam treten wir an, um den Menschen in unserem Land eine klare Alternative zu Schwarz-Gelb anzubieten. Wir wollen die schlechteste Bundesregierung, die unser Land je hatte, ablösen. Wir wollen, dass Peer Steinbrück der nächste sozialdemokratische Bundeskanzler wird. Dafür werden wir in den kommenden Monaten kämpfen – geschlossen, ehrlich und inhaltlich klar positioniert.

Nach drei Jahren innenpolitischem Stillstand erwarten die Menschen zu Recht, dass es endlich wieder vorangeht. Von dieser Bundesregierung werden keine Impulse mehr ausgehen. Sie hat schon lange jeden Gestaltungswillen verloren. Gesetzlicher Mindestlohn, Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und Ganztagschulen, aktive Arbeitsmarktpolitik, gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern, Eindämmung prekärer Beschäftigung, feste Frauenquote für Führungspositionen, eine solide und nachhaltige Gesundheits- und Rentenpolitik. Das erwartet eine Mehrheit von Menschen in unserem Land. Stattdessen sehen wir, wie sich die Koalition zunehmend durch Streit und Misstrauen selbst lähmt. Die SPD wird alle Kräfte im Wahlkampf mobilisieren, um die Zeit des Stillstandes unter Frau Merkel zu beenden. Denn diese Regierung ist jetzt schon am Ende. Schwarz-Gelb hat keine gesellschaftliche Mehrheit mehr. Sie verliert peu à peu auch die politische Mehrheit.

Am 20. Januar 2013 wird in Niedersachsen ein neues Landesparlament gewählt. Aktuelle Umfragen sehen Rot-Grün vorn, und eine Mehrheit der Menschen wünscht sich eine SPD-geführte Regierung. Wir werden die nächsten Monate intensiv nutzen, um den Zuspruch aus der Gesellschaft für unsere sozialdemokratische Politik zu vergrößern und auch in politische Mehrheiten im Bund umzuwandeln. Da haben wir noch Nachholbedarf. 2013 steht eine Richtungsentscheidung zur Wahl. Dafür werden wir in den kommenden zwölf Monaten kämpfen und um Zuspruch ringen. Denn Deutschland kann sich noch eine verlorene Legislaturperiode nicht leisten.



**Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB**  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

# Zukunftskongress der SPD-Fraktion: So wollen wir morgen leben

**Wie wollen wir morgen leben? Wie sieht ein gerechtes Deutschland im Jahre 2020 aus? Getreu Willy Brandts Motto „Der beste Weg, die Zukunft vorherzusagen, ist, sie zu gestalten“ luden die Sozialdemokratinnen und -demokraten zu ihrem zweitägigen Zukunftskongress ins Berliner Paul-Löbe-Haus. In acht Foren wurden wichtige Projekte diskutiert, die Stützfeiler der Gesellschaft sind. Die Ergebnisse der Projekte entstanden in den vergangenen Monaten unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit, im Diskurs mit Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaftlern, Gewerkschaften und Verbänden. Gemeinsam ergeben sie Bausteine eines Regierungsprogramms für 2013.**



Frank-Walter Steinmeier erteilte auf seiner Rede beim Zukunftskongress einer Großen Koalition eine klare Absage.

Der Kongress begann mit einem Grußwort des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers und SPÖ-Chefs Alfred Gusenbauer. Er mahnte zur beständigen Zusammenführung von Ökonomie und Politik, um allen Menschen Teilhabe an den Ressourcen und Produktionsmitteln zu ermöglichen.

Frank-Walter Steinmeier sagte in seiner zentralen Rede, Deutschland liege innenpolitisch „in Agonie“. Der „Schlachtenlärm der Koalition“ verdecke die Leere. Ergebnisse des schwarz-gelben Bündnisses? Fehlanzeige. „Die Regierung versetzt das Volk in tägliches Koma“, so Steinmeier. Dabei lebten wir alle „von gebrauchter Zeit“. Die Koalition „erntet auf Feldern, auf denen sie nie gesät hat“. Dem wolle die SPD etwas entgegensetzen – etwas mit Hand und Fuß, Konzepte für das nächste Jahrzehnt.

Er summierte die acht Schwerpunktbereiche des „Projektes Zukunft“, die alle etwas gemeinsam hätten: Haltung. Eine Haltung, die dieses Land gestalten will und kann. „Wir wollen vorneweg gehen, nicht als Juniorpartner in einer Großen Koalition“, sagte Steinmeier unter großem Beifall. Er ergänzte: „Wir haben die Vision von einem Land, in dem Wohlstand für alle möglich ist“. In Richtung Publikum rief er: „Lasst uns dafür sorgen, dass aus der gesellschaftlichen Mehrheit für sozialdemokratische Haltungen eine politische Mehrheit wird!“

Steinmeier ging auch auf die vergangenen Jahre ein, die nicht leicht für die Sozialdemokratinnen und -demokraten waren. Die Agenda 2010 etwa sei der Versuch einer Antwort auf die Herausforderungen der Mitte des letzten Jahrzehnts gewesen. „Ja, sie war nicht frei von Fehlern, ja wir haben einiges korrigiert; ich weiß, wie schmerzhaft dieser Weg war, aber er hat uns Glaubwürdigkeit gegeben, weil wir gestanden haben. Wir haben das Land neu aufgestellt!“ Steinmeier konstatierte, dass Rot-Grün die Koalition für die Zukunft sei, nicht zuletzt, weil sie ihre Kraft zu Erneuerung bereits erfolgreich bewiesen habe. Nun gehe es darum, die Fragen der Zukunft zu beantworten.

In einem Rundumschlag gegen Schwarz-Gelb sagte der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Stein-

brück, Angela Merkel agiere wie Alice im Wunderland. Ihre Politik verhindere die Spaltung am Arbeitsmarkt nicht, und auch nicht die Flucht der Abgehängten wie der Eliten in Parallelgesellschaften. Insbesondere die Eliten zögen sich aus ihrer Verantwortung immer weiter zurück, weil sie kaum auf öffentliche Güter wie Kultur, Bildung oder Infrastruktur angewiesen seien, also auch wenig Interesse an deren Finanzierung hätten. Mit Blick auf den demografischen Wandel stellte er die Frage in den Raum: „Wie entwickelt sich eigentlich die Kreativität in einer Gesellschaft, in der mehr Alte als Junge leben?“ Die öffentliche Verschuldung sei darum auch eine Frage der „intergenerativen Gerechtigkeit“. Steinbrück: „Wir geben den Jungen die Verschuldung wie einen Wackerstein mit auf ihren Weg.“ Er mahnte, dass solche Krisen wie die Schuldenkrise letztlich auch zu „Legitimationsfragen“ führten. Ist die Politik noch Herr der Gestaltung? „Wohlstand definiert sich auch durch Vertrauen, das darf die Politik nicht verlieren.“

## Gesellschaftspolitik auf allen Feldern

Steinbrück plädierte für Steuererhöhungen bei sehr Vermögenden, um die Schuldenbremse einzuhalten, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken, die öffentliche Infrastruktur auszubauen und die Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu verbessern. Alle Politik der SPD sei letztlich Gesellschaftspolitik. Und die wiederum bilde die Bindekraft der Gesellschaft. „Diese Qualität stellen wir in spätestens zwölf Monaten der CDU/CSU, vor allem aber der FDP entgegen.“

Zum Abschluss des zweitägigen Kongresses sprach SPD-Parteichef Sigmar Gabriel unter anderem über die Zukunft Europas, die Finanzkrise und den bevorstehenden Bürgerdialog der SPD: „Im Internet, in Bürgerkonferenzen vor Ort und ganz traditionell per Post bitten wir die Menschen in unserem Land um ihre Meinung. Übrigens mit einer ganz einfachen Frage: Was soll besser werden in unserem Land?“

**Auf den folgenden Seiten sind die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen nachzulesen.**

# Neue Ordnung für den Arbeitsmarkt

---

**Aufgrund des schon im Vorfeld bestehenden großen Interesses an der Diskussionsrunde zum Thema Arbeitsmarkt wurde sie per Video in einen zweiten Saal übertragen. Die Diskussion fand als Teil des Zukunftskongresses der SPD-Bundestagsfraktion am 14. September im Paul-Löbe-Haus in Berlin statt. Es beteiligten sich neben vielen Bürgerinnen und Bürgern Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Gewerkschaften, der SPD-Bundestagsfraktion und der Wissenschaft.**

Eine neue Ordnung für den Arbeitsmarkt muss dringend diskutiert und in eine aktive Arbeitsmarktpolitik umgesetzt werden, da ohne sie eine dauerhafte Spaltung des Arbeitsmarktes droht – in gute Arbeit und unsichere Beschäftigung, in Fachkräftemangel und Langzeitarbeitslosigkeit. Das Ziel einer neuen Ordnung für den Arbeitsmarkt kann es nur sein, Vollbeschäftigung anzustreben und diese mit guter Arbeit zu verbinden.

## **Was bedeutet gute Arbeit, und wie kommen wir da hin?**

Gute Arbeit bedeutet mehr Lohngerechtigkeit und gute Arbeitsbedingungen. Dazu muss gegen Missbrauch von Leiharbeit vorgegangen werden, ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn soll eingeführt und der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchgesetzt werden. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer soll gestärkt und die Tarifeinheit wieder hergestellt werden. In allen Bereichen der Wirtschaft wollen wir die volle Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchsetzen und allen eine Chance geben, vom Aufschwung am Arbeitsmarkt zu profitieren und sich beruflich weiter zu entwickeln. Dem wachsenden Fachkräftebedarf werden wir mit einer Qualifizierungsoffensive begegnen, dafür soll die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickelt werden. Die Arbeitsversicherung reagiert nicht erst im Falle der Arbeitslosigkeit, sie begleitet die Erwerbsbiographie eines Menschen frühzeitig und langfristig und fördert Weiterbildung und Qualifizierung.

## **Hinter dem Ziel einer neuen Ordnung für den Arbeitsmarkt und damit einhergehend dem Ziel der guten Arbeit verbergen sich neben den schon genannten weitere Maßnahmen und Änderungen:**

- Es bedarf neuer Regeln für Leiharbeit und Minijobs. Dem Missbrauch von Werkverträgen und der grundlosen Befristung von Arbeitsverträgen muss entgegengewirkt werden.
- Durch ein Entgeltgleichheitsgesetz, eine gesetzliche Frauenquote und eine Weiterentwicklung der Elternzeitbestimmungen muss die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt weiter durchgesetzt werden.
- Der Staat, aber gleichermaßen die Unternehmen stehen in der Verantwortung, für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sorgen.
- Starke Gewerkschaften und damit starke Arbeitnehmerrechte sowie eine gesicherte Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Unternehmen sind unverzichtbar.
- Um Fachkräfteengpässen zu begegnen, muss in Ausbildung und Qualifikation investiert werden, und unfreiwillig von Arbeit Ausgeschlossenen müssen neue Wege eröffnet werden. Dazu gehören altersgerechte Arbeitsplätze und Chancen für Migrantinnen und Migranten und Schul- und Ausbildungsabbrecher.

# Gerechte Steuern und Finanzen

---

Das Projekt „Steuer- und Finanzierungskonzept“, stellte die Ergebnisse seiner Arbeit am 14. September im Paul-Löbe-Haus vor. Viele Besucherinnen und Besucher folgten der Einladung und diskutierten mit Projektverantwortlichen der SPD-Fraktion und Experten aus der Wissenschaft über gerechte Steuerverteilung und die anvisierten Ziele und Vorhaben der Projektgruppe.



Die Wirtschaftsweisen diagnostizieren eine wachsende Ungleichheit der Haushaltseinkommen in Deutschland. Die Löhne sind seit 2003 kaum gestiegen, nicht einmal die Inflation wurde ausgeglichen. Zehn Prozent der Bevölkerung verfügen über mehr als zwei Drittel des Vermögens, während zwei Drittel der Bevölkerung weniger als zehn Prozent des Vermögens besitzen.

Dadurch schwindet das wechselseitige Verständnis für „die da oben“ und „die da unten“. Unsere Gesellschaft driftet auseinander. Gleichzeitig ist Deutschland mit mehr als zwei Billionen Euro verschuldet. Steigende Schulden sind eine Bürde für kommende Generationen und schränken die Spielräume für die Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben ein. Deutschland braucht eine starke Steuer- und Finanzpolitik, die die Steuerbelastung gerecht verteilt und Zukunftsaufgaben ohne neue Schulden solide finanziert.

## Wie bezahlen wir unser Gemeinwesen?

**Mit den folgenden Maßnahmen wollen wir mehr Gerechtigkeit bei den Steuereinnahmen und den Ausgaben in Deutschland erreichen:**

- Einsparungen im Haushalt müssen umgesetzt werden, und Mehreinnahmen dort generiert, wo genügend finanzielle Ressourcen vorhanden sind. Es soll verstärkt in Zukunftsaufgaben investiert und diejenigen Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden, die es brauchen.
- Die Ausgaben des Bundes werden überprüft; unnötige oder ökologisch schädliche Subventionen gestrichen und für die Einhaltung der Schuldenbremse gesorgt. Neue Einnahmemöglichkeiten müssen entwickelt werden – immer unter dem Blickwinkel einer Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Der Spitzensteuersatz für hohe Einkommen sowie die Abgeltungssteuer werden angehoben.
- Wir setzen uns für die Vermögensteuer und eine Finanztransaktionssteuer ein und wollen einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde.
- Zu ehrlicher und solider Haushaltsführung gehört aber auch zu sagen: Nicht alles ist finanzierbar. Wir müssen Entscheidungen treffen, denn wir wollen Prioritäten statt Verzettelung. Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können.
- Es werden gezielt Zukunftsausgaben erhöht und mehr Geld in Bildung und Infrastruktur investiert. Außerdem werden wir unsere Politik zur finanziellen Entlastung der Kommunen fortsetzen.
- Wie setzen uns für eine neue, gerechtere Lastenverteilung ein. Starke Schultern tragen mehr als schwache. Alle Schultern aber leisten nur so viel, wie sie tragen können. Im Ausgleich der Kräfte werden wir stärker sowohl auf das soziale Gleichgewicht bei der Finanzierung der Staatsaufgaben als auch auf die finanziellen Spielräume der nachfolgenden Generationen achten.

# Der Kreativpakt gibt Antworten

Über den sogenannten Kreativpakt und die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft tauschten sich im Zuge des Zukunftskongresses Kreative aus der Musik und Filmwirtschaft, Verbandsvertreter aus der Kulturbranche, SPD-Parlamentarier und Bürger aus. Unter den Zuhörern befanden sich auch Thomas Oppermann und Frank-Walter Steinmeier.

## Der Kreativpakt und seine Ziele

Der Kreativpakt ist ein Bündnis von Kultur, Wirtschaft und Politik. Hier arbeiten Kreative gemeinsam an der Idee, bessere Bedingungen für die Kreativwirtschaft zu formulieren und auf den Weg zu bringen. Der Kreativpakt gab dem „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ in einem langfristig angelegten Arbeitsprozess entscheidende Impulse zur Entwicklung der Kreativwirtschaft.

Das Ziel des Kreativpaktes ist es, gemeinsam das Potenzial der Kreativwirtschaft weiterzuentwickeln. Die in der Kreativwirtschaft Beschäftigten müssen verlässlich sozial abgesichert sein und die Rahmenbedingungen kreativer Arbeit – vom Urheberrecht über die Netz- und Bildungspolitik bis zur Kultur- und Wirtschaftsförderung – müssen verbessert werden.

## Urheberrecht: Vergüten statt verbieten

Die reale Nutzung des Netzes muss zur legalen Nutzung werden. Dabei gilt es, eine angemessene Vergütung zu gewährleisten. Ein modernes Urheberrecht, das Kreative und Urheber stärkt, ihnen faire Einkommen ermöglicht und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt, wird gebraucht. Die damit verbundenen Chancen für kulturelle Teilhabe und Vermittlung, Demokratie, aber auch für die Vermarktung und Verbreitung kultureller Angebote sollen gefördert werden.

## Soziale Sicherung: Springen können, sicher fallen

Es ist Zeit, die soziale Sicherung endlich der neuen kreativen und digitalen Arbeitswelt anzupassen. Es muss berücksichtigt werden, dass sich die Kreativwirtschaft überwiegend in Form von Soloselbstständigkeit organisiert. Deshalb soll die Künstlersozialversicherung modernisiert und erweitert werden. Auch die allgemeinen Sozialversicherungssysteme gilt es anzupassen. Grundlage jeder sozialen Sicherung sind faire und stabile Einkommen.

## Kulturförderung: Wettbewerb der Ideen statt starrer Strukturen

Die Förderung von Kunst und Kultur muss sich an den Bedürfnissen der Kultur- und Kreativschaffenden orientieren. Die öffentliche Kulturförderung muss soziale Mindeststandards und -honorare beachten.

## Wirtschaftsförderung: Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts

Kreative und künstlerische Arbeit bildet die Grundlage für ökonomischen Fortschritt und jede gesellschaftliche Innovation. Die Kreativwirtschaft ist eine eigene Wirtschaftsform und Zukunftsbranche. Sie ist mit ihrem hohen wirtschaftlichen Potenzial mindestens so zu fördern wie die klassischen Industrien. Vor allem die Existenzgründungsförderung muss auf die Bedürfnisse von Kreativen zugeschnitten werden.

## Bildungspolitik: Kompetenzen neu denken und fördern

Bildung und Weiterbildung müssen den neuen, von der Kreativwirtschaft aufgezeigten Anforderungen der Arbeitswelt gerecht werden. In der Lehrer- und Erzieherausbildung muss deshalb die kulturelle Bildung stärker verankert werden.

## Netpolitik: Internet ist ein Grundrecht unserer digitalen Gesellschaft

Der schnelle Zugang zum Internet muss für alle und überall möglich sein. Das bedeutet ein öffentliches WLAN in öffentlichen Räumen. Eine gesetzlich verankerte Netzneutralität und die Diskriminierungsfreiheit der Infrastrukturen und Inhalte muss die Grundlage für ein freies und innovationsfreundliches Internet sein. Informationen müssen für alle zugänglich sein.

**Ein Film zum Kreativpakt mit Künstlerinnen und Künstlern aus allen Bereichen ist auf [www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube) zu finden.**

**Mehr zum Kreativpakt gibt es unter: [www.spdfraktion.de/kreativpakt](http://www.spdfraktion.de/kreativpakt)**

# Integration und Teilhabe

Schon in ihrer Rede zur Eröffnung des Zukunftskongresses wies Aydan Özoğuz, die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Integrationsbeauftragte der Bundestagsfraktion darauf hin, dass Integration schon lange kein gesellschaftliches Nischenthema mehr ist. Die Diskussion um diesen Themenkomplex wird aber leider oft zu ungenau geführt und häufig für Polemik und Populismus genutzt. Auch um dem entgegenzuwirken, diskutierten neben Aydan Özoğuz und Mehmet Keskin, dem Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Migranten e. V. eine große Zahl an Bürgerinnen und Bürgern im Forum der Projektgruppe „Integration und Teilhabe“ im Paul-Löbe-Haus.



In dem Panel Integration und Teilhabe wurde engagiert diskutiert.

Integration gelingt am besten, wenn alle Menschen in unserem Land die gleichen Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und Arbeit haben. Moderne Integrationspolitik hat daher die Aufgabe, die Chancen von Zuwanderung zu erkennen, Potenziale optimal auszuschöpfen und für unsere Gesellschaft einzusetzen, aber auch Versäumnisse zu benennen und Abhilfe zu schaffen.

## Defizite und Versäumnisse im Bereich der Integration

Selbst bei gleicher Leistung sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im deutschen Bildungssystem und am Arbeitsmarkt häufig benachteiligt. Um dies zu ändern, brauchen wir Veränderungen in unserem Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt. Zu häufig entscheidet die soziale Herkunft eines Kindes über seinen schulischen und späteren beruflichen Erfolg. Diese enge Bindung muss aufgebrochen werden. Arbeit ist ein wesentlicher Faktor für Integration. Aus ihr speisen sich Anerkennung, gesellschaftliche Teilhabe und ein weitgehend selbstbestimmtes

Leben. Zu den wichtigsten Fragen gehört daher, wie in Deutschland Chancengleichheit verwirklicht und Diskriminierung verhindert werden können.

## Die Ziele der Projektgruppe „Integration und Teilhabe“:

Den Kitausbau vorantreiben und die Qualität der Kitas verbessern. Sprachförderung für alle muss fester Bestandteil vorschulischer Betreuung werden. Gute Ganztagschulen müssen auch hochwertigen muttersprachlichen Unterricht anbieten und jungen Menschen den Wert ihrer Zweisprachigkeit aufzeigen. Wir wollen, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss machen und einen guten Einstieg in Ausbildung und Arbeit finden. Deshalb werden wir sie beim Übergang von der Schule in den Beruf besser unterstützen. Alle Jugendlichen und junge Erwachsene benötigen eine Berufsausbildungsgarantie. Wer auf der Suche nach einer Stelle ist, muss sich sicher sein können, dass nur seine Qualifikationen und nicht seine Herkunft, sein Geschlecht oder sein Alter im Bewerbungsprozess entscheidend sind. Anonymisierte Bewerbungen sind eine Möglichkeit, um dies zu erreichen. Das Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht soll modernisiert werden. Bei Einbürgerungen soll die doppelte Staatsangehörigkeit generell akzeptiert werden. Die derzeitige Optionspflicht, durch die sich Jugendliche mit zwei Pässen bei Volljährigkeit für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen, gehört abgeschafft.

Integration findet vor Ort statt, in der Nachbarschaft. Deshalb wollen wir die sozial-integrative Stadtentwicklung wieder stärken und die Bundesmittel für die Städtebauförderung auf mindestens 700 Millionen Euro erhöhen.

## Wir wollen in einem Land leben, in dem ...

Wir wollen in einem Land leben, in dem es für die Chancengleichheit keine Rolle spielt, ob jemand einen „Migrationshintergrund“ hat oder nicht. In dem der Kita-Besuch zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, egal ob beide Elternteile arbeiten oder nicht. In dem verstärkt Wert auf gleiche Ausbildungschancen und einen fairen Bewerbungsprozess gelegt wird. In dem es keine stigmatisierten Stadt-Bezirke, die als „verloren“ gelten, mehr gibt. In dem die Behörden keinen Ort der Furcht darstellen, sondern Ansprechpartner bereitstellen, von denen man kompetente Beratung zu seiner individuellen Situation erhalten kann.

## Gleichstellung heißt Rollen verändern

Das Projekt Gleichstellung diskutierte seine Ergebnisse ebenfalls im Rahmen eines Forums auf dem Zukunftskongress. Die Gesprächsrunde bestand neben zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern aus Christel Humme, der stellvertretenden Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Caren Marks, Sprecherin der dazugehörigen Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion sowie Heide Hartel-Herrmann, Inhaberin des Frauenfinanzdienst Köln und der Ministerin a. D. Prof. Heide Pfarr.

Frauen verdienen im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer. Sie arbeiten häufiger in unfreiwilliger Teilzeit, im Niedriglohnsektor oder in Minijobs. Die Führungsetagen in Unternehmen sind noch immer eine Domäne der Männer.

### Von der Zuverdienerin zur Verdienerin

Die Wünsche und Bedürfnisse von Frauen und Männern haben sich geändert: Frauen wollen auf eigenen Beinen stehen und gleiche Chancen. Männer wollen mehr Zeit für Verantwortung in der Familie. Deshalb braucht Deutschland eine gleichstellungspolitische Offensive.

Die beruflichen Fähigkeiten von Frauen und Männern sollen gerecht bewertet und bezahlt, die gläserne Decke soll durchbrochen werden. Frauen sollen Führungspositionen bekommen, weil sie

dafür qualifiziert sind – unabhängig von Familienstand und Kinderzahl. Wir werden daher die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern per Gesetz durchsetzen und eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände einführen. Wir werden einen allgemeinen Mindestlohn gesetzlich verankern, die Minijobs reformieren und ein geschlechtergerechtes Steuersystem implementieren.

Wir wollen, dass sich Frauen und Männer die Aufgaben in Beruf und Familie teilen können. Deshalb treiben wir den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen voran. Wir werden das Elterngeld weiterentwickeln und flexible, familienfreundliche Arbeitszeiten durchsetzen. Es geht um einen Bewusstseinswandel und eine kulturelle Wende.

## Gute Ganztagschulen schaffen

Das Projekt Ganztagschule befasste sich mit der Zukunftsfrage, wie wir Schule verändern müssen, um allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen zu geben. Zahlreiche Experten und Bürgerinnen und Bürger erörterten auf dem Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion, welchen Beitrag gute Ganztagschulen hierzu leisten können und wie wir zu einem ebenso leistungsfähigen wie gerechten Schulsystem kommen.

Bildungschancen sind Zukunftschancen. Doch noch immer entscheidet die soziale Herkunft zu oft über die Bildungserfolge und damit über die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. Mit guten Ganztagschulen können wir dieses Problem angehen und schrittweise überwinden helfen.

Ganztagschulen schaffen Raum und Zeit, um alle Kinder besser zu fördern, Bildungsarmut zu bekämpfen und für Chancengleichheit zu sorgen. Das heutige Angebot reicht nicht aus und folgt nicht immer pädagogisch überzeugenden Konzepten. Wir wollen daher, dass Bund, Länder und Kommunen ein Ausbauprogramm »Masterplan Ganztagschule 2020« vereinbaren mit dem Ziel, noch in diesem Jahrzehnt ein flächendeckendes und gutes Ganztagschulangebot zu schaffen.

### Die Verfassung öffnen

Die großen Potenziale guter Ganztagschulen können nur genutzt werden, wenn neben dem Ausbau vor allem die Qualität und Attraktivität

der Lehr- und Betreuungsangebote verbessert wird. Die Teilnehmer waren sich einig, dass eine gute Ganztagspraxis Qualität braucht und nur gelingen kann, wenn sie auch die Erwartungen von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern einbezieht. Deshalb wollen wir nicht nur in Gebäude investieren, sondern den Schulen auch ein angemessenes Personal- und Qualitätsbudget zur Verfügung stellen.

Herzstück ist unser Ziel, im Jahr 2020 einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz unabhängig von Wohnort, Schulform sowie individuellen oder besonderen Förderbedarfen einzuführen.

Um ein solches Ganztagschulprogramm möglich zu machen, wollen wir die Verfassung öffnen und das so genannte Kooperationsverbot im Grundgesetz abschaffen: Bund und Länder müssen künftig in allen Feldern der Bildungspolitik zusammenarbeiten können, um für die Kinder und Jugendlichen eine bessere Zukunft zu gestalten.

## Miteinander der Generationen für eine lebendige Demokratie

Das Projekt Generationenpolitik kristallisierte während seiner Arbeit eine ganze Reihe von Zielen heraus, die eine Gesellschaft ermöglichen sollen, die niemanden zurück lässt. Über diese Ziele und Herausforderungen debattierten Experten aus der SPD-Bundestagsfraktion und der Gesellschaft sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Zukunftskongresses.



Der ehemalige Sozialminister und Ex-Vizekanzler Franz Müntefering erläutert auf dem Zukunftskongress sein Konzept zur Generationengerechtigkeit.

Der demografische Wandel birgt große Herausforderungen – für die Sicherung des Fachkräftebedarfs, für Betreuung und Pflege einer wachsenden Anzahl von Menschen, für die Stabilität unseres Sozialstaats und für die Gestaltungskraft unserer Kommunen. Aber Wandel bietet auch Chancen.

### Die Ziele und Chancen der neuen Generationenpolitik:

- Eine Gesellschaft, die alle einlädt, niemanden ausschließt und auch für kommende Generationen Verantwortung übernimmt.
- Ein vorsorgender Sozialstaat, der hilft, alle Menschen von Anfang des Lebens an zu befähigen.
- Alle Menschen sollen ihre im Lebensverlauf wechselnden Wünsche zur Balance von Leben und Arbeiten, von Familie und Beruf verwirklichen können.
- Ältere und hochbetagte Menschen sollen selbstbestimmt leben können.

Diese Ziele können erreicht werden, wenn die Herausforderungen angepackt und die Chancen für ein neues Miteinander in unserer Gesellschaft genutzt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion will den demografischen Wandel aktiv gestalten.

## Neuer Konsens für eine moderne Infrastruktur

Im Rahmen des Zukunftskongresses diskutierten Sören Bartol, Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, sowie die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Florian Pronold und Ulrich Kelber mit Prof. Hubert Weiger, dem Bundesvorsitzenden des Bundes für Umwelt und Naturschutz, und Matthias Wissmann, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, vor allem aber mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern über die Modernisierung der Infrastruktur in Deutschland.

Als starker Industriestandort mit hoher Exportquote und einer breiten Technologieführerschaft benötigt Deutschland eine leistungsfähige und bezahlbare Infrastruktur. Alle Diskutanten waren sich einig, dass der Infrastrukturkonsens, der das Ergebnis eines intensiven Dialogprozesses mit Verbänden, der Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Initiativen ist, eine tragfähige Grundlage für die nötigen Investitionen in den Ausbau der Energie- und Kommunikationsnetze sowie der Verkehrswege darstellt.

### Wesentliche Ziele sind:

- Bürgerinnen und Bürger frühzeitig an der Planung neuer Infrastrukturvorhaben beteiligen und damit diese Vorhaben zugleich beschleunigen.
- Die Energiewende voranbringen und dafür eine bezahlbare, sichere und umweltschonende Energieinfrastruktur bereitstellen. Der Neubau von Energieleitungen soll auf das notwendige Maß beschränkt werden.
- Mit einem Nationalen Verkehrswegeprogramm, in das 80 Prozent der Neu- und Ausbaumittel fließen werden, die Engpässe an hoch belasteten Verkehrsachsen beseitigen.
- Eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen für alle Nutzerinnen und Nutzer sicherstellen.
- Die Städtebauförderung finanziell besser ausstatten und durch einen Investitionspakt mit den Ländern dafür sorgen, dass kommunale Infrastruktur weiter angemessen vom Bund gefördert wird.

# Alle reden vom Kahlschlag im EEG – was meint die SPD?

---

**Die Netzbetreiber veröffentlichen am 15. Oktober die für 2013 prognostizierte neue Umlage für die Förderung der Erneuerbaren Energien. Sie wird vermutlich von gegenwärtig 3,592 Cent/kWh auf über 5 Cent ansteigen. Wie kommt es zu dieser Anhebung?**

Der Grünstrom hat einen Einspeisevorrang, und seine Vergütung durch die Netzbetreiber richtet sich nach den Fördersätzen im Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG). Er wird an die Übertragungsnetzbetreiber weitergeleitet, und die müssen ihn an der Börse vermarkten. Die Differenz aus Einspeisevergütung und Vermarktungseinnahmen läuft in einem Sammelkonto auf und wird im Folgejahr über die EEG-Umlage auf die Stromrechnungen der Endverbraucher umgelegt.

Bis Ende August 2012 haben die Netzbetreiber 13,5 Mrd. Euro für Vergütung von Grünstrom und die Verwaltung gezahlt und 11,7 Mrd. Euro über die Vermarktung sowie die Einnahmen aus der bisherigen Umlage erwirtschaftet. Der Kontostand zum 31. August 2012 lag bei minus 1,673 Milliarden Euro. Der Saldo am Jahresende wird im Folgejahr ausgeglichen und erhöht so die Umlage.

Insbesondere aus dem Regierungslager gibt es angesichts der steigenden Umlage den Ruf, das EEG zu verändern – die FDP will es sogar ganz abschaffen. Wird das helfen?

## **Infrastruktur weiter ausbauen**

Wir haben inzwischen einen Anteil von 25 % Grünstrom am Gesamtstromverbrauch. Insbesondere durch die Photovoltaik werden an der Strombörse die teuren Kraftwerke zur Mittagszeit aus dem Angebot verdrängt. Der Strom auf der Großhandelsebene wird daher immer billiger (4,3 Cent/kWh), weil allein 2012 etwa 5 Milliarden Euro für stillstehende Kraftwerke eingespart wurden. Gleichzeitig wird Strom für die privaten Haushalte immer teurer. Wie passt das zusammen?

Die Preise und Kosten für Endkunden bilden sich somit nach einem System, das die Differenzkosten in der Grünstromvermarktung durch eine Umlage sofort und eins-zu-eins an den Kunden weiterreicht, die Einsparungen durch die zunehmende Grünstromeinspeisung hingegen im System vergräbt. Im Gesamtsystem ist durchaus genügend Geld vorhanden. Wir müssen Instrumente entwickeln, mit denen die preisdämpfenden Effekte der erneuerbaren Energien im Großhandel auch bei Privatverbrauchern, Gewerbetreibenden und der Industrie ankommen. Heute wird der wertvolle Grünstrom verramscht. Durch das Umlagesystem haben die Übertragungsnetzbetreiber gar kein Interesse, einen auskömmlichen Preis für den Grünstrom zu erzielen. Das muss geändert werden - nicht das EEG ist das Problem sondern die Vermarktung.

## **Einzelpunkte anpassen**

Der Zubau von EEG-Anlagen bis heute und auch unverändert weiterhin wäre kein Problem, wenn die notwendige Infrastruktur in der gleichen Geschwindigkeit entwickelt und ausgebaut worden wäre – also Speicheranlagen und Netze. Heute rächt es sich, dass für den Systemumbau zehn Jahre verloren wurden, weil sich politische Kräfte seit dem Beginn der Energiewende im Jahr 2000 für eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten ausgesprochen haben und den konsequenten Systemumbau blockiert haben. Die großen Marktakteure mit einem Anteil von Atomstrom hatten aufgrund der Hoffnung auf eine – dann auch tatsächlich beschlossene – Laufzeitverlängerung, kein Interesse an dem Netz- und Speicherausbau sowie an der Flexibilisierung der Nachfrageseite, weil dies der Entwicklung der Erneuerbaren und nicht der Atomkraft gedient hätte.

Eine Reform des EEG soll es geben, weil wir eine Reihe von Einzelpunkten anpassen können: Eigenverbrauch und Speicheranlagen anreizen, Biogasanlagen bedarfsgerecht auslegen, die Marktprämie abschaffen und bedarfsgerechte Einspeiseregeln einfügen. Es gilt aber, die Investitionen in EEG-Anlagen zu sichern und auch weiterhin zu fördern. Wer hier die Axt anlegt, der beschädigt eine neue Industrie- und Gewerbebranche. Stahl, Elektronik, Mechanik und Handwerk haben eine Zukunftstechnologie im Bereich der EEG-Anlagen begründet, mit der Deutschland in der Welt eine Führungsposition aufgebaut hat.

# NSU-Untersuchungsausschuss deckt weitere Pannen auf



Seit Beginn dieses Jahres tagt der Untersuchungsausschuss („Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“) mit elf ordentlichen Mitgliedern, um die Taten der NSU sowie die Aufklärungsarbeit der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden in diesem Fall zu analysieren. Den Vorsitz des Ausschusses führt Sebastian Edathy, der zugleich Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes ist.

Eva Högl, die Obfrau der SPD im Ausschuss, sagte, dass das Gremium bis dato sehr viel herausgefunden habe. „Ich bin erstaunt bis entsetzt über die bisherigen Ergebnisse“. Sie lobte ausdrücklich die fraktionsübergreifend gute Zusammenarbeit und die große öffentliche Wahrnehmung des Ausschusses. Die zehrende und mühsame Arbeit der Ausschussmitglieder wurde dabei allerdings immer wieder von zurückgehaltenen Akten, zurückhaltender Informationsweitergabe und Vertuschungsaktionen behindert, wie beispielsweise durch die sogenannte MAD-Affäre (Militärischer Abschirmdienst).

Obwohl das für den MAD zuständige Verteidigungsministerium seit Mitte März 2012 von der Existenz eines Protokolls über eine Befragung des späteren NSU-Terroristen Uwe Mundlos durch den MAD aus dem Jahre 1995 wusste, hatten weder Geheimdienst noch Ministerium den Bundestagsausschuss informiert. Erst aufgrund hartnäckiger Recherchen und wiederholter Nachfragen wurde dem Gremium die Akte über das Mundlos-Gespräch ausgehändigt. Allerdings stellte sich heraus, dass die Bundeswehr-Personalakte zu Uwe Mundlos unvollständig ist.

## Lückenhafte Unterlagen

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) räumte in einem Brief an die Ausschussmitglieder ein, es sei „unsensibel“ gewesen, dass sein Haus die Abgeordneten nicht gezielt auf die Papiere hingewiesen habe.

Edathy sagte in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“: „Die Informationen des Verteidigungsministeriums zum Wehrdienstleistenden und späteren NSU-Terroristen Uwe Mundlos ließen Monate auf sich warten. Wir wussten nicht einmal, dass es einen Kontakt zwischen dem MAD und Mundlos gab. Und die nunmehr übermittelten Unterlagen sind ausgesprochen lückenhaft. Unser Ausschuss braucht aber zwingend vollständige Akten. Es ist schon viel Vertrauen in die Arbeit der Sicherheitsbehörden verloren gegangen.“

Auch von einem V-Mann des Berliner LKA, der mit Uwe Mundlos in Verbindung gestanden haben soll und das auch bei einer Befragung erwähnt haben soll, erfuhr der Untersuchungsausschuss nicht sofort. Högl äußerte sich dazu in einer Pressemitteilung: „Es ist gut, dass Innensenator Henkel seine Blockadehaltung endlich aufgegeben und dem Ausschuss die Akten des LKA Berlin übermittelt hat. Das hat lange genug gedauert, und sein monatelanges Zögern und Zaudern hat viel Schaden angerichtet.“

## Reform der Geheimdienste

Eva Högl fordert einen Mentalitätswechsel in den Geheimdiensten bzw. Ämtern für Verfassungsschutz. Die Kriterien für Auswahl und Führung von V-Leuten müssten neu überdacht werden, außerdem müsse mehr Wert auf interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelegt und ein neues Konzept für Ausbildung und Schulungen der Mitarbeiter ausgearbeitet werden. Abschaffen will Högl die Dienste nicht, gleichwohl müssen sie stärker zusammenarbeiten. Ihre parlamentarische Kontrolle sowie die Zentralstellenfunktion des Bundesamts für Verfassungsschutz müssen aber deutlich verstärkt werden.

## Die Ausschussarbeit in den nächsten Monaten

Im Oktober wird der U-Ausschuss die zuständigen Vertreter des MAD und des Verteidigungsministeriums in einer Sondersitzung selbst zu der Affäre befragen. Auch Otto Schily, Wolfgang Schäuble und Fritz Behrens (NRW) sollen befragt werden. Zusätzlich steht dann der Punkt Thüringen und die Auswertung des so genannten Schäfer-Berichts auf der Agenda.

Mehr Informationen über die Arbeit des U-Ausschusses gibt es hier:  
[www.spdfraktion.de/themen/rechtsextremismus](http://www.spdfraktion.de/themen/rechtsextremismus)

# Unruhen: Kein Kampf der Kulturen

**Mit der arabischen Erhebung, die ihren Anfang vor knapp zwei Jahren mit dem Sturz des tunesischen Diktators Ben Ali nahm, waren viele hoffnungsvolle Erwartungen verknüpft. Doch der „Arabische Frühling“, wie die Umwälzungen häufig genannt werden, ist längst in der Realität angekommen.**

Die soziale Lage, die mit ursächlich für die zahlreichen Proteste waren, hat sich für die meisten Menschen seitdem nicht gebessert – im Gegenteil: In vielen Ländern ist die Wirtschaft eingebrochen und die Arbeitslosigkeit gestiegen. Angesichts dieses sozialen Sprengstoffs genügt häufig ein kleiner Funke, um einen Flächenbrand zu erzeugen, wie die Ereignisse im Zusammenhang mit den Protesten gegen ein antiislamisches Hassvideo gezeigt haben.

Dennoch wäre es falsch, von einem Scheitern des arabischen Aufbruchs zu sprechen. Die neuen, zum ersten Mal demokratisch legitimierten politischen Kräfte in Ägypten, Tunesien und Libyen sind noch damit beschäftigt, ihre innenpolitische Autorität zu festigen. Mit dem politischen Wechsel sind viele Erwartungen verknüpft, die nicht über Nacht erfüllt werden können. Und die Menschen sind selbstbewusster geworden. Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, den von ihnen gewählten Repräsentanten auf die Finger zu schauen, hat stark zugenommen. Viele für uns selbstverständliche demokratische Prozesse müssen sich dabei erst einspielen.

## **Soziale Unsicherheiten werden gern instrumentalisiert**

Und eines ist auch klar: Soziale Unzufriedenheit wird von radikal-islamischen Gruppen gerne instrumentalisiert. Umso erfreulicher war die Reaktion der Einwohner von Bengasi, die mit ihren Protesten gegen die Ermordung des US-amerikanischen Botschafters deutlich gemacht haben, dass sie nicht länger bereit sind, sich von rückwärtsgewandten islamistischen Gruppierungen terrorisieren zu lassen. Der Sturz Gaddafis, so lautet die Botschaft dieser Proteste, darf nicht in einer neuen Erziehungsdiktatur islamistischer Prägung münden. Insofern entlarvt sich alles Gerede von einem neuen „Kampf der Kulturen“ als oberflächliche Betrachtung. Es sind vielmehr notwendige Auseinandersetzungen innerhalb der islamischen Gesellschaften, die hier ausgetragen werden.

Die neuen Verantwortungsträger müssen glaubhaft machen, dass es nicht nur einen personellen Wechsel an der Spitze des Staates gegeben hat, sondern dass es sich um einen grundlegenden politischen Systemwechsel handelt, der den Menschen eine Perspektive bietet. Dazu sind diese Staaten aber auf die Hilfe europäischer und westlicher Staaten angewiesen. Insbesondere Europa ist hier als unmittelbarer Nachbar in der Verantwortung.

## **Bundesregierung muss ihr Engagement in den Regionen ausweiten**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits zu Beginn der arabischen Erhebung auf die Gefahren hingewiesen, die enttäuschte Erwartungen in diesen Ländern hervorrufen können. Sogenannte Mobilitätspartnerschaften, also Möglichkeiten für gut ausgebildete Nordafrikaner, in Europa zu arbeiten und Berufserfahrungen zu sammeln, sind eine Möglichkeit, konkret zu helfen. Ausbildungshilfe und ein besserer Marktzugang für Produkte aus diesen Ländern sind weitere Elemente. Und natürlich müssen die Länder vor Ort etwas tun, damit ausländische Investoren wieder Vertrauen fassen.

„Freiheit, Würde und Gerechtigkeit“ – die Kernforderung der tunesischen Revolution, wo die arabische Erhebung ihren Ausgang nahm, sind auch klassische sozialdemokratische Werte. Sie umzusetzen ist Voraussetzung dafür, dass der eingeleitete demokratische Wandel in der arabischen Welt nicht stecken bleibt und radikalen Kräften der Weg geebnet wird. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung, ihr Engagement in der Region auszubauen und die Aufmerksamkeit innerhalb der EU auf unsere südlichen Nachbarn zu stärken. Nur dann ist gewährleistet, dass die Hoffnungen und Erwartungen, die mit dem Sturz der alten Autokraten verbunden waren, nicht in dauerhafte Frustration und Gewalt umschlagen.

# Was ist mit Europa los?

---

**Vor mehr als 2000 Jahren hat der römische Dichter Ovid in seinen Metamorphosen die Schönheit und Faszination der Europa beschrieben. Jupiter war so beeindruckt, dass er sie nach Kreta entführt hatte, so der Mythos. Doch Europa ist weit mehr als ein Mythos, Europa das sind wir. Noch nie gab es in Europa eine so lange Zeitachse, die ohne kriegerische Auseinandersetzung war. Einzigartig ist, dass Staaten sich freiwillig zusammenfinden, ohne sich ganz zusammenzuschließen, sondern Teile ihrer Hoheitsgewalt gemeinsam ausüben. Jedes Land eine Stimme, mit demokratischen Institutionen.**

Wenngleich gemeinsames politisches Handeln mit 27 bzw. demnächst 28 Mitgliedsländern nicht unbedingt zu den einfachen Dingen zählt, ist dies zugleich eine der zentralen Stärken neben der kulturellen Vielfalt dieser einzigartigen Gemeinschaft. Aber durch die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise und ihre Folgen wanken in Europa dessen Grundfesten, und das inmitten einer immer stärker werdenden Globalisierung. Die Krise betrifft längst nicht mehr nur noch einzelne Länder der Eurozone, sie ist mittlerweile zu einer Existenzbedrohung der gesamten EU geworden.

## **Fehlentscheidungen in der Politik**

Nicht Europa ist an der derzeitigen Krise verantwortlich, sondern die Finanzmärkte haben Maß und Mitte verloren. Zugleich ist aber auch die Politik nicht ganz frei von Verantwortung, denn sie hat manch Missstände und Fehlentwicklungen durch Fehlentscheidungen erst ermöglicht.

Eine öffentliche Debatte über die Zukunft der EU hat bis dato nur in einem eingeschränkte Maße stattgefunden. Wenn einerseits dem Bundesverfassungsgericht das Europäische Parlament nicht ausreichend legitimiert ist und andererseits der Präsident des Europäischen Parlaments nur mit Widerwillen zu den Treffen der Staats- und Regierungschefs eingeladen wird, bei denen diese über die Zukunft der EU sprechen, ist das ein Widersinn, der umgehend beseitigt werden muss.

## **Kernschmelze der Eurozone verhindern**

Noch nie ist die europäische Idee so unter Druck geraten bzw. in Erklärungsnot gekommen. Es scheint, als würden Teile von CDU/CSU und FDP das leichtfertig in Kauf nehmen, so lange die Krise in Deutschland nur abstrakt vorkommt. Griechenland ist im Unterschied zu Spanien, Portugal und Irland zweifelsohne ein Sonderfall. Wer aber den Austritt Griechenlands aus der Eurozone fordert, agiert nicht nur populistisch, sondern täuscht zugleich fast schon in arglistiger Weise die Bevölkerung. Denn eine „Kernschmelze“ der Eurozone muss verhindert werden. Das wäre der Anfang vom Ende. Deshalb ist Griechenland mehr Zeit einzuräumen. Wer im Zusammenhang mit der Krise sogar den Austritt Deutschlands aus dem Eurogebiet als eine mögliche Option ansieht, hat überhaupt nichts verstanden: Deutschland ist das Land, das am stärksten politisch und ökonomisch durch die EU-Mitgliedschaft gewonnen hat.

## **Wir brauchen eine demokratiekonforme Marktwirtschaft**

Es kann aber auch nicht angehen, dass man die Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft aushebelt, indem man die Kosten der Krise auf die Allgemeinheit abwälzt und die Gewinne privatisiert. Die schwarz-gelbe Bundesregierung darf hier nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Wenn fast zeitgleich Tausende von Menschen in Athen, Madrid und Lissabon gegen die drastischen Sparmaßnahmen und die damit verbundenen sozialen Kürzungen auf die Straße gehen, ist das ein ernstzunehmendes Zeichen. Die rasant steigende Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 50 Prozent in einzelnen Ländern der Eurozone kann und darf uns nicht egal sein. Das führt nicht nur zu Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen, das beinhaltet zugleich auch genug Potential an politischem Sprengstoff und könnte die Stabilität der Länder und letztlich auch der EU gefährden. Wir brauchen keine „marktkonforme Demokratie“ wie sie durch Bundeskanzlerin Merkel propagiert wird, sondern eine demokratiekonforme soziale Marktwirtschaft. Wir müssen realistisch bleiben: Nur in fünf der 27 Regierungen der Mitgliedsländer regieren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Das muss sich in den nächsten Jahren ändern, denn nur mit einer entsprechenden sozialdemokratischen Mehrheit lässt sich in Europa ein Gleichgewicht zwischen Eigeninteressen und Gemeinwohl herstellen.

# So will Peer Steinbrück die Finanzmärkte regulieren

Unter dem Titel „Vertrauen zurückgewinnen: Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte“ stellte der ehemalige Finanzminister und SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück in Berlin sein Konzept zur Finanzmarktregulierung vor.

Die internationale Finanzkrise hat gezeigt, dass etwas aus dem Lot geraten ist: „Die Finanzmärkte haben Maß und Mitte verloren“, so Steinbrück vor der Hauptstadtpresse. „Haftung und Risiko fallen nicht mehr zusammen, denn Gewinne werden privatisiert, Verluste dagegen sozialisiert.“ Das habe dazu geführt, dass die Menschen das Vertrauen in Politik verloren haben. Steinbrück ist überzeugt: Stellt man die dringend notwendige Frage, welche Regeln und Mechanismen geeignet sind, die Finanzmärkte zu bändigen, „geht es um nicht weniger, als die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen“.

Nach der Einführung erklärte Peer Steinbrück die einzelnen Maßnahmen seines Konzepts – denn „die Menschen interessiert die Frage, wo die Gestaltungsfähigkeit der Politik geblieben ist.“

## Europaweite Finanztransaktionssteuer

Durch die europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer sollen die Finanzmärkte an den Kosten der Krise beteiligt werden. Außerdem soll die Staatshaftung für sogenannte „systemrelevante“ Banken ein Ende finden – und damit die gegenwärtige „Erpressungssituation“, in der sich die Politik befindet. Steinbrück: „Wir wollen nicht mehr, dass in erster Linie der Steuerzahler für illiquide Finanzinstitute zahlt, sondern die Eigentümer.“ Sollte eine systemrelevante, grenzüberschreitend tätige Bank in Schieflage geraten, soll zukünftig ein von den Banken finanzierter, europäischer Bankenfonds zuständig sein.

## Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking

Ein weiterer ganz entscheidender Schritt sei die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking. Dadurch würden Risiko und Haftung wieder zusammen geführt. Steinbrück: „Die Investmentbank darf sich kein Kapital von der Geschäfts- und Einlagebank besorgen, und andersherum auch nicht. Es sind zwei rechtlich selbstständige Tochtergesellschaften unter einem Dach.“

Als weitere essentielle Bestandteile der Finanzmarktregulierung nannte Steinbrück die Konsolidierung des Landesbankensektors sowie die Ausweitung der direkten Regulierung auf sogenannte „Schattenbanken“. Ungedeckte Leerverkäufe oder



Kanzlerkandidat Peer Steinbrück erläutert seine Vorstellungen zur Regulierung einer gerechten Finanzpolitik auf dem Zukunftskongress.

auch Rohstoffhandel ohne realwirtschaftliche Unterfütterung müssen unterbunden werden, um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität von Staaten zu erhöhen.

## Eigenverantwortung der Banken stärken

Nicht zuletzt muss die Eigenverantwortung der Banken gestärkt werden. Die Banken müssen sicherer werden. Dazu gehört zum Beispiel die Verhinderung von Immobilienblasen durch eine Beschränkung der Immobilienbeleihung.

Die Europäische Zentralbank (EZB), die „zu einem Ersatzakteur verurteilt wurde“, so Steinbrück, muss jetzt auch die Kapazitäten und Durchgriffsrechte erhalten, die für die Übernahme von Aufsichtsaufgaben nötig sind. Steinbrück fügte hinzu, „die Brüsseler Kommission ist dichter an meinem Papier als die Bundesregierung.“

Auf die Frage eines Journalisten, welche Reaktion sich Steinbrück seitens der Union auf sein Konzept wünsche, antwortete er: „Heftige Kommunikation!“ Der Finanzminister a. D. resümierte seine Ausführungen mit dem Satz: „Es geht darum, die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes zu erhalten und zwar innerhalb bestimmter Leitplanken. Es geht darum, die Infragestellung ganzer Staaten und damit ihrer ganzen Gesellschaften zu verhindern.“

Ein Video mit der Pressekonferenz Peer Steinbrücks gibt es hier: [www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)

Das Papier zur Bankenregulierung ist auf [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) zu finden.

## Personalien



**Rainer Arnold**, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion, übernimmt von Ulla Schmidt den Sitz im Institut für Auslandsbeziehungen e. V. (ifa).



**Fritz Rudolf Körper** übernimmt von Michael Groschek die Position des Sprechers im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung.



**Ulla Schmidt**, ehemalige Bundesgesundheitsministerin, ist seit dem 22. September Bundesvorsitzende des Vereins Lebenshilfe.

## Veröffentlichungen

**Deutschland 2020: So wollen wir morgen leben – Bausteine eines Modernisierungsprogramms**  
Broschüre, 118 Seiten, erschienen im September 2012

**Reboot Arbeit, update Urheberrecht, bildet soziale Netzwerke! Der Kreativpakt – ein Bündnis von Kultur, Wirtschaft und Politik**  
Broschüre, 44 Seiten, erschienen im September 2012

**Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken – Für eine Bürgerversicherung Pflege**  
Faltblatt, 8 Seiten, erschienen im September 2012

---

**Mehr Informationen gibt es hier:**  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)  
[www.spdfraktion.de/Googleplus](http://www.spdfraktion.de/Googleplus)  
[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)

[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)  
[www.spdfraktion.de/flickr](http://www.spdfraktion.de/flickr)

---

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern\*** erscheint im November 2012. Informationen gibt es auch unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de). Aus aktuellen politischen Anlässen kann es dazu kommen, dass der Erscheinungstermin der Fraktion Intern verschoben werden muss. Dafür bitten wir um Verständnis.

---

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** SPD-Bundestagsfraktion

**Verantwortlich:** Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

**Redaktion:** Alexander Linden

**Texte:** Robert Ernecker, Eckhard Fischer, Lilian Fuchs, Stefan Hintermeier, Alexander Linden, Anja Linnekugel, Dirk Sawitzky

**Fotos:** Bildschön (S. 2, 4, 8, 10, 15), Bilderbox (S. 6, 12), photothek.net/Thomas Köhler (S. 3), SPD-Bundestagsfraktion (S. 16)

### Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Telefon:** 030 / 227 510 99 **Telefax:** 030 / 227-568 00

**E-Mail:** [redaktion@spdfraktion.de](mailto:redaktion@spdfraktion.de)

Internet: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

**Grafik und Layout:** S. Voorwinden

**Druck:** Braunschweig-Druck

**Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:**

**Telefon:** 030 / 227-571 33 **Telefax:** 030 / 227-568 00

**E-Mail:** [oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de) oder direkt im Internet